

Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief / Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a hospodárstva na Slovensku

Ausgabe / vydanie: März / marec 2014 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags
- > Sozialfonds, dessen Bildung und Inanspruchnahme

Steuern aktuell

- > Praktische Erfahrungen mit der Einreichung der Kontrollmeldung

Wirtschaft aktuell

- > Hinterlegung der zum 31. Dezember 2013 erstellten Jahresabschlüsse und Veröffentlichung von Angaben

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Rozšírenie záväznosti kolektívnej zmluvy vyššieho stupňa
- > Sociálny fond, jeho tvorba a čerpanie

Dane

- > Praktické skúsenosti s podávaním kontrolného výkazu

Hospodárstvo

- > Ukladanie účtovnej závierky zostavenej k 31. decembru 2013 a zverejňovanie údajov

Recht aktuell

> Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags

Von Dana Sarah Márton, **Rödl & Partner Bratislava**

Die diskutierte Novelle des Gesetzes Nr. 2/1991 Slg. über Tarifverhandlungen, die den Geltungsbereich der Manteltarifverträge auch auf Arbeitgeber ausweitet, die einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen haben, ist seit 1. Januar 2014 wirksam. Durch Annahme der genannten Novelle verlieren die betroffenen Arbeitgeber die Möglich-

keit, mit der Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags auf ihre Unternehmenstätigkeit nicht einverstanden zu sein. Die Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags erfolgt auf die gesetzliche Art und Weise, und zwar flächendeckend für den festgelegten Zweig bzw. Zweigteil (z.B. Bauwesen, Holzindustrie...).

Der Antrag auf Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags kann von den Vertragsparteien des Manteltarifvertrags gemeinsam, d.h. von dem Mantelgewerkschaftsorgan und der Organisation der Arbeitgeber, oder einzeln, d.h. z.B. nur von dem Mantelgewerkschaftsorgan, eingereicht werden. Bei der Ausweitung wird nicht die Tatsache berücksichtigt, ob der Arbeitgeber durch Manteltarifvertrag gebunden sein möchte, ggf. ob bei ihm Gewerkschaftsorgane tätig sind. Wesentlich ist die Genehmigung der Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik (nachfolgend nur „Arbeitsministerium“). Bei der Beurteilung der Ausweitung bzw. Nichtausweitung wird das Arbeitsministerium auf einem Tripartite-Prinzip eine Beratungskommission errichten. Die Kommission sowie der Arbeitgeber selbst haben die Möglichkeit, zum Antrag auf Ausweitung der Verbindlichkeit in Form von schriftlichen an Arbeitsministerium gerichteten Anmerkungen Stellung zu nehmen. Hier ist zu bemerken, dass der Antrag auf Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags im Amtsblatt veröffentlicht wird, daher ist es geeignet, dass der Arbeitgeber das Amtsblatt laufend kontrolliert und somit innerhalb von 30 Tagen nach der Veröffentlichung des Antrags dazu Anmerkungen erheben kann. Wie wir angeführt haben, über die Verbindlichkeit der Ausweitung des Manteltarifvertrags entscheidet das Arbeitsministerium, und zwar in Form einer allgemeinverbindlichen Vorschrift, die in der Gesetzesammlung der Slowakischen Republik veröffentlicht wird.

Bei der Ausweitung der Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags legt das Gesetz über Tarifverhandlungen Ausnahmen fest, wenn es nicht möglich ist, die Verbindlichkeit des Vertrags auf den Arbeitgeber auszuweiten,

1. für den zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung der Verbindlichkeit bereits ein anderer Manteltarifvertrag verbindlich ist,

2. der zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung im Bankrott (in Sinne des Gesetzes über Konkurs und Umstrukturierung ist der Schuldner im Bankrott, wenn er zahlungsunfähig (derjenige, der nicht in der Lage ist, 30 Tage nach der Fälligkeitsfrist zumindest zwei Geldverbindlichkeiten an mehr als einen Gläubiger zu leisten) oder überschuldet (derjenige, der die Bücher gemäß dem Rechnungslegungsgesetz führt, mehr als einen Gläubiger hat und der Wert seiner Verbindlichkeiten den Wert seines Vermögens überschreitet) ist,
3. der sich zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung in Liquidation befindet,
4. bei dem zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung ein Sanierungsregime oder eine Zwangsverwaltung eingeführt wurde,
5. der im Kalendermonat, der dem Monat vorangeht, in dem die Ausweitung wirksam wurde, weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigt,
6. der im Kalendermonat, der dem Monat vorangeht, in dem die Ausweitung wirksam wurde, mehr als 10 % Personen mit körperlicher Behinderung beschäftigt,
7. der von außerordentlichem Ereignis betroffen wurde (z.B. Elementarereignis, Unfall, Terroristenanschlag), dessen Folgen zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung fortbestehen,
8. der zum Tag der Wirksamkeit der Ausweitung weniger als 24 Monate unternehmerisch tätig ist; dies gilt nicht, wenn es sich um Rechtsnachfolger eines anderen Arbeitgebers handelt, mit dem sie mehr als 24 Monate gemeinsam unternehmerisch tätig sind.

Die Ausweitung des Geltungsbereichs des Manteltarifvertrags auf Unternehmen des Arbeitgebers hat auf den Arbeitgeber wesentliche Auswirkung in seinen arbeitsrechtlichen Verhältnissen. Die Arbeitsverträge, ggf. andere arbeitsrechtliche Verträge außerhalb des Arbeitsverhältnisses, sind dann in den Teilen, in welchen sie den Arbeitnehmern weniger Rechte und Berechtigungen als Manteltarifvertrag zuerkennen, nichtig. Für den Arbeitgeber, auf den die Verbindlichkeit des Manteltarifvertrags ausgeweitet wurde, ist daher wichtig, über den zuständigen Manteltarifvertrag zu verfügen, um sich nach diesem richten zu können. Das Arbeitsministerium stellt dem Arbeitgeber auf Anforderung eine Gleichschrift des Manteltarifvertrags zur Verfügung. Diese Dienstleistung ist kostenpflichtig.

Kontakt für weitere Informationen



Dana Sarah Márton

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: dana.marton@roedl.sk

> Sozialfonds, dessen Bildung und Inanspruchnahme

Von Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Das Gesetz Nr. 152/1994 Slg. über Sozialfonds bildet ein bedeutendes Instrument der Abwicklung der Sozialpolitik eines Unternehmens. Mittels des Sozialfonds werden verschiedene Leistungen, vor allem sozialen Charakters, für die Arbeitnehmer des Unternehmens gesichert. Der Sozialfonds kann aufgrund dieses Gesetzes als Fonds des Arbeitgebers bezeichnet werden, der für die bei ihm angestellten Arbeitnehmer bestimmt ist.

Bildung des Sozialfonds

Gemäß § 3 des Gesetzes Nr. 152/1994 Slg. über Sozialfonds wird der Sozialfonds seitens des Arbeitgebers aus der Pflichtzuführung, einer weiteren Zuführung und weiteren Quellen gebildet.

Pflichtzuführung

- > bildet 0,6 % bis 1 % der Grundlage, d.h. der Summe der Bruttolöhne oder Gehälter, abgerechnet den Arbeitnehmern zur Auszahlung pro Kalenderjahr. Als Lohn **gilt nicht**: Lohnersatz, Abfindung, Leistung beim Renteneintritt, Reisekostenersatz inkl. der nicht beanspruchbaren Reisekostenersatzleistungen, Beiträge aus dem Sozialfonds, Beiträge zum Zusatzrentensparen, Beiträge zur Lebensversicherung des Arbeitnehmers, Erträge aus Kapitalanteilen (Aktien) oder Obligationen, Steuerbonus, Lohnfortzahlung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers, Zuzahlungen zum Krankengeld, Ersatz für Arbeitsbereitschaft und andere an den Arbeitnehmer im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis gewährte Leistung, die keinen Lohncharakter hat. Als Lohn gilt ebenso keine weitere Leistung, gewährt dem Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber aus dem Gewinn nach Steuern. Die genannten Leistungen werden in die Grundlage für die Ermittlung der Pflichtzuführung zum Sozialfonds nicht einbezogen.

Weitere Zuführung

- a) in der im Tarifvertrag oder in der internen Vorschrift vereinbarten Höhe, falls beim Arbeitgeber keine Gewerkschaftsorganisation tätig sein kann, höchstens in Höhe von 0,5 % der Grundlage, d.h. der Summe der Bruttolöhne, abgerechnet den Arbeitnehmern zur Auszahlung pro Kalenderjahr;
- b) in der Höhe des Betrags, erforderlich zur Gewährung der Beiträge für Transport zur Arbeit und zurück an die Arbeitnehmer, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren und deren durchschnittlicher Monatsverdienst 50% des durchschnittlichen monatlichen Nominallohns in der Wirtschaft der SR für das Kalenderjahr, das zwei Jahre dem Kalenderjahr vorangeht, für das der Fonds gebildet wird, **nicht erreicht**, d.h. wird der Fonds im Jahr 2013 gebildet, wird in diesem Fall der

monatliche Nominallohn in der Wirtschaft der SR für das Jahr 2011 in Betracht gezogen (im Jahr 2011 betrug der monatliche Nominallohn in der Wirtschaft der SR 786 Euro, d.h. 50 % beträgt 393 Euro)

Die minimale Pflichtzuführung in Höhe von 0,6 % bildet der Arbeitgeber obligatorisch, ungeachtet dessen, ob die Bildung und Verwendung des Sozialfonds im Tarifvertrag vereinbart ist. Hat jedoch der Arbeitgeber für das vorherige Kalenderjahr Gewinn erzielt und alle Steuerpflichten gegenüber dem Staat, der Gemeinde und der höheren Gebietskörperschaft sowie die Abgabepflichten gegenüber den Krankenkassen und der Sozialversicherungsanstalt erfüllt, kann die Pflichtzuführung zum Sozialfonds bis zu 1% bilden.

Sollte der Arbeitgeber einen Verlust ausweisen, bildet er die Pflichtzuführung in Höhe von 0,6 % der Grundlage. Auch trotzdem, dass er im Vorjahr einen Verlust ausgewiesen hat, kann er außer der Pflichtzuführung in Höhe von 0,6 % auch eine weitere Zuführung max. bis zur Höhe von 0,5 % der Grundlage bilden.

Jeder Arbeitgeber ist zur Bildung des Sozialfonds verpflichtet, sofern er auch nur einen Arbeitnehmer im Arbeits- bzw. Dienstverhältnis beschäftigt, und ohne Rücksicht darauf, ob er zwecks Gewinnerzielung gegründet wurde oder nicht. Im Falle des Arbeits- bzw. Dienstverhältnisses ist nicht wichtig, ob es sich um ein befristetes, unbefristetes, Haupt- oder Nebenarbeitsverhältnis handelt. Sofern jedoch der Arbeitgeber die Arbeitnehmer nur aufgrund einer Vereinbarung beschäftigt, findet auf ihn die Pflicht zur Bildung des Sozialfonds keine Anwendung. Der Fonds wird nur aus Bruttolöhnen der Arbeitnehmer gebildet, die aufgrund eines Arbeitsvertrags beschäftigt werden.

Verwendung des Sozialfonds

Der Arbeitgeber kann im Rahmen seiner Sozialpolitik den Arbeitnehmern gemäß § 7 des Gesetzes Nr. 152/1994 Slg. aus dem Sozialfonds Mittel zu folgenden Zwecken gewähren:

- Verpflegung über den Rahmen des Arbeitsgesetzbuches hinaus
- Transport zur Arbeit und zurück
- Dienstleistungen, die der Arbeitnehmer zur Erholung der Arbeitskraft nutzt
- Teilnahme an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen
- Gesundheitsfürsorge
- Sozialaushilfe und Darlehen
- Zusatzrentensparen, außer Beitrag, den der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes über das Zusatzrentensparen zu leisten hat
- weitere Abwicklung der Sozialpolitik des Unternehmens im Bereich der Mitarbeiterfürsorge

Der Beitrag aus dem Fonds kann seitens des Arbeitgebers nicht nur dem jeweiligen Arbeitnehmer, sondern auch dem

Familienangehörigen (Ehemann/-frau, unterhaltsbedürftiges Kind), dem Bezieher der Altersrente (vorzeitigen Altersrente, Erwerbsunfähigkeitsrente), der zum Renteneintrittstag beim Arbeitgeber beschäftigt war, gewährt werden.

Besteuerung der aus dem Sozialfonds gewährten Leistungen

Die aus dem Sozialfonds gewährten Leistungen werden den Arbeitnehmern mit üblichen 19 % besteuert, da es sich um Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit handelt. **Seit 1. Januar 2011 werden alle steuerbare Leistungen, also auch steuerbare Leistungen aus dem Sozialfonds, in die Bemessungsgrundlage für die Abgabenabführung einbezogen.**

Nicht alle Leistungen unterliegen allerdings der Besteuerung, einige Beiträge aus dem Sozialfonds sind gemäß dem Gesetz Nr. 595/2003 Slg. über die Einkommensteuer **steuerfrei**, und daher werden aus diesen Leistungen auch weiterhin **keine Versicherungsbeiträge** gezahlt. Es handelt sich um folgende Leistungen:

Einkommensteuerfreie Leistungen

- Verpflegungsbeitrag, gewährt gemäß § 5 Abs. 7 Buchst. b) des Einkommensteuergesetzes
- Wert der alkoholfreien Getränke, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zum Verzehr am Arbeitsplatz gewährt
- Ausnutzung einer Erholungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Vorschul-, Turn- oder Sporteinrichtung, gestellt den Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen seitens des Arbeitgebers gemäß § 5 Abs. 7 Buchst. d) des Einkommensteuergesetzes zur Verfügung

Verpflegungsbeitrag

Gemäß dem genannten Gesetz ist der Wert der Verpflegung, gewährt seitens des Arbeitgebers den Arbeitnehmern zum Verzehr am Arbeitsort oder im Rahmen der Verpflegung mittels anderer Subjekte einkommensteuerfrei (**geldwerte Leistung**). **Von der Steuer ist ebenso der aus dem Sozialfonds über den Rahmen des Arbeitsgesetzbuches hinaus gewährte Verpflegungsbeitrag befreit.** Der gewährte **Geldbeitrag**, auch bei Gewährung aus dem Sozialfonds, wird in vollem Umfang mit 19% Steuersatz besteuert und tritt in die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Versicherungsbeiträge ein. **Der finanzielle Beitrag zur Verpflegung, der gemäß § 152 Abs. 5 des Arbeitsgesetzbuches dem Arbeitnehmer gewährt wird, der aufgrund eines ärztlichen Attests von einem Facharzt aus Gesundheitsgründen keine der durch den Arbeitgeber gesicherten Verpflegungsarten nutzen kann**, bleibt allerdings auch weiterhin steuerfrei!

Gemäß § 152 Abs. 1 des Arbeitsgesetzbuches ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitnehmern in allen Schichten eine den Grundsätzen einer gesunden Ernährung ent-

sprechende Verpflegung direkt am Arbeitsort oder in dessen Nähe zu sichern. Diese Pflicht besteht nicht gegenüber Arbeitnehmern, die auf Dienstreise entsendet wurden, mit Ausnahme der auf Dienstreise entsendeten Arbeitnehmer, die in ihrem regelmäßigen Arbeitsort mehr als vier Stunden abgearbeitet haben.

Gemäß § 152 Abs. 3 des Arbeitsgesetzbuches trägt der Arbeitgeber zur Verpflegung in Höhe von mindestens 55 % der Essenssumme bei, für jedes Essen höchstens bis zur Höhe von 55 % der Verpflegung, gewährt bei einer Dienstreise in Dauer von 5 bis 12 Stunden. Der **Verpflegungsbetrag für den Zeitraum 5 bis 12 Stunden** stellt gemäß der Verfügung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik über die Verpflegungsbeträge **4 Euro** dar.

Gemäß § 152 Abs. 5 des Arbeitsgesetzbuches gewährt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer den finanziellen Zuschuss, erst wenn die Pflicht des Arbeitgebers, für die Arbeitnehmer die Verpflegung zu sichern, die Bedingungen der Arbeitsausübung am Arbeitsplatz ausschließen oder wenn der Arbeitgeber die Verpflegung gemäß § 152 Abs. 2 des Arbeitsgesetzbuches nicht sichern kann, oder wenn der Arbeitnehmer aufgrund eines ärztlichen Attests von einem Facharzt aus Gesundheitsgründen keine der durch den Arbeitgeber gesicherten Verpflegungsarten nutzen kann.

Ausnutzung einer Erholungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Vorschul-, Turn- oder Sporteinrichtung

Steuerfrei ist die Ausnutzung einer Erholungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Vorschul-, Turn- oder Sporteinrichtung, die seitens des Arbeitgebers den Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen zur Verfügung gestellt wird. Die Steuerbefreiung bezieht sich nicht nur auf die eigenen Einrichtungen, sondern auch auf fremde Einrichtungen, z.B. aufgrund eines mit dem Eigentümer der einschlägigen Einrichtung geschlossenen Vertrags (Anmietung von Fitness-Center, Schwimmbad, usw.).

Kauft der Arbeitgeber z.B. Erholungsgutscheine mittels eines Reisebüros, handelt es sich um ein steuerbares Einkommen, das auch versicherungspflichtig (abgabepflichtig) ist.

Mit dieser Information möchten wir die Mandanten vor allem auf die Inanspruchnahme des Sozialfonds aufmerksam machen. Da in einigen Gesellschaften die Mitarbeiterzahl niedrig ist, werden die Regeln der Inanspruchnahme des Sozialfonds nicht definiert, was zur Folge hat, dass der Sozialfonds nicht in Anspruch genommen wird, und der gebildete Sozialfonds bei der Beendigung der Tätigkeit der Arbeitnehmer der Gesellschaft ggf. bei Liquidation der Gesellschaft sogar ins Wirtschaftsergebnis aufgelöst wird. Daher werden die verantwortlichen Arbeitnehmer darauf hingewiesen, die durchlaufende Inanspruchnahme der Mittel aus dem Sozialfonds zu beachten.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Steuern aktuell

> Praktische Erfahrungen mit der Einreichung der Kontrollmeldung

Von Peter Alföldi, Mária Jánošíková,

Rödl & Partner Bratislava

Im Zuge der neu eingeführten Pflicht der Gesellschaften, Kontrollmeldungen einzureichen, sind wir auf mehrere Fragen hinsichtlich der Einreichung der Kontrollmeldung gestoßen. Im folgenden Text werden wir versuchen, unsere praktischen Erfahrungen aus diesem Bereich zusammenzufassen:

- > **Einreichung der Kontrollmeldung** – im Sinne des Gesetzes entsteht die Pflicht zur Einreichung der Kontrollmeldung spätestens im Termin zur Abgabe der Steuererklärung, die Kontrollmeldung darf allerdings nicht später als Steuererklärung eingereicht werden. Aufgrund der von der Finanzdirektion veröffentlichten Informationen wird den Gesellschaften empfohlen, die Dokumente in folgender Reihenfolge einzureichen: zuerst die Kontrollmeldung und erst anschließend die Umsatzsteuererklärung;
- > **sog. „leere“ Kontrollmeldung** – Steuerzahler, der verpflichtet ist, die Kontrollmeldung für den einschlägigen Veranlagungszeitraum einzureichen, allerdings nur Lieferungen von steuerfreien Waren oder Dienstleistungen vorgenommen hat, und zugleich keine Waren und Dienstleistungen angenommen hat, bei denen er als Leistungsempfänger zur Steuerzahlung verpflichtet wäre, sowie keinen Anspruch auf Steuerabzug geltend macht, ist verpflichtet, nur sog. „leere“ Kontrollmeldung einzureichen, in der er nur Identifikationsangaben auf der ersten Seite ausfüllt;
- > **nachträgliche Kontrollmeldung** – bei der Einreichung der nachträglichen Kontrollmeldung werden in der Meldung nicht alle Posten angeführt, sondern nur diejenige, die in der ordentlichen bzw. korrigierten Kontrollmeldung falsch angeführt wurden;
- > **Einbeziehung der Lieferung in die Kontrollmeldung** – liefert der Steuerzahler die Ware am 31. Janu-

- ar, die Rechnung stellt er jedoch erst am 12. Februar aus, hat er eine solche Lieferung in der Steuererklärung sowie in der Kontrollmeldung für den Veranlagungszeitraum, in dem die Steuerpflicht entstanden ist, anzuführen. Eine solche Warenlieferung führt der Steuerzahler in der Kontrollmeldung für Januar an, ungeachtet dessen, dass die Rechnung erst im Februar ausgestellt wurde. Hat der Steuerzahler die Kontrollmeldung bereits vor der Rechnungsstellung eingereicht, muss er eine korrigierte bzw. nachträgliche Kontrollmeldung einreichen, je nach der Tatsache, wann er festgestellt hat, dass er die Angaben aus dieser Rechnung in die Kontrollmeldung für Januar nicht einbezogen hat;
- > **Spalte Korrekturcode** – Spalte Korrekturcode wird in der ordentlichen und korrigierten Kontrollmeldung nicht ausgefüllt. Der Korrekturcode wird nur in der nachträglichen Kontrollmeldung ausgefüllt;
 - > **Angaben im Teil A.1.** – im Teil A.1. der Kontrollmeldung werden Rechnungen angeführt, die an Steuerpflichtige (d.h. Unternehmer – Steuerzahler sowie Nicht-Steuerpflichtige) und an juristische Personen, die Nicht-Steuerpflichtige sind, ausgestellt wurden, aus denen der Lieferant Steuer abzuführen hat. Die an Nicht-Steuerpflichtige (natürliche Personen - Bürger) ausgestellten Rechnungen sind im Teil D.2. der Kontrollmeldung anzuführen;
 - > **Angaben im Teil A.2.** – im Teil A.2. werden nur Lieferungen angeführt, die dem sog. inländischen Reverse-Charge-Verfahren unterliegen, bei denen es gesetzlich vorgeschrieben ist („Getreide“, „Eisen“, „Handys“, „integrierte Schaltkreise“, sofern die Besteuerungsgrundlage auf der Rechnung 5.000 Euro überschreitet). Lieferung von Altmetall und Metallschrott, von Immobilien u.a. wird hier nicht angeführt. Solche Lieferungen führt nur der Leistungsempfänger (Abnehmer) im Teil B.1. an;
 - > **laufende Nummer der Rechnung – Teil B.** – in der Spalte laufende Nummer der Rechnung ist die laufende Nummer der Rechnung anzuführen, so wie sie in der Rechnung von dem Lieferanten steht, einschließlich Buchstaben, Bindestrichen, Schrägstrichen, allerdings ohne Leerzeichen. Als laufende Nummer der Rechnung kann daher die interne Nummer, unter welcher die Rechnung in der Buchführung des Lieferanten erfasst wird, nicht angeführt werden;
 - > **Angaben im Teil B.1.** – im Teil B.1. der Kontrollmeldung werden alle Eingangsrechnungen angeführt, bei denen der Abnehmer zur Steuerzahlung verpflichtet ist, und zwar auch solche Rechnungen, bei denen der Gesellschaft kein Anspruch auf Vorsteuerabzug entsteht;
 - > **Lieferdatum** – beim Warenerwerb aus einem anderen Mitgliedstaat, der im Teil B.1. der Kontrollmeldung anzuführen ist, wird in der Spalte Lieferdatum das Datum der Lieferung, d.h. des Warenerwerbs, nicht das Datum der Entstehung der Steuerpflicht aus Warenerwerb angeführt;
 - > **Angaben im Teil B.2.** – im Teil B.2. werden auch Zahlungsvereinbarungen angeführt, sofern sie Bestandteil des Vertrags über Strom-, Gas-, Wasser- oder Wärmeleistungen sind sowie Vereinbarung über Mietzinszahlungen, die Bestandteil des Mietvertrags ist, falls diese die obligatorischen Erfordernisse der Rechnung enthalten und im Sinne des Mehrwertsteuergesetzes als zusammenfassende Rechnungen betrachtet werden;
 - > **Angaben im Teil B.2. – USt.-IdNr.** – diese Angabe kann bei der Einreichung der Kontrollmeldung nicht leer bleiben, bzw. mit „0“. Als USt.-IdNr. des Lieferanten kann nur die slowakische USt.-IdNr. angeführt werden;
 - > **Angaben im Teil B.2. a B.3.** – im Teil B.2. und B.3. der Kontrollmeldung werden nur Eingangsrechnungen bzw. vereinfachte Rechnungen, aus welchen die Gesellschaft den Vorsteuerabzug geltend macht, angeführt;
 - > **Angaben im Teil B.3.** – die im Teil B.3. anzuführenden Angaben werden nicht nach Steuersätzen gegliedert. In übrigen Teilen der Kontrollmeldung (A.1., B.1., B.2., C.1., C.2., D.1. und D.2.) sind die Angaben in Posten aufzuteilen, die dem grundlegenden und dem geminderten Steuersatz unterliegen;
 - > **Angaben im Teil B.3., D.1. a D.2.** – Angaben in Teilen B.3., D.1. und D.2. werden für den jeweiligen Veranlagungszeitraum in einem Betrag als kumulative Angabe angeführt;
 - > **Vorsteuerabzug aus dem Einfuhrbeleg** – Angaben über den Abzug der an Zollbehörde entrichteten Steuer im Falle der Wareneinfuhr aus Drittländern werden in der Kontrollmeldung nicht angeführt;
 - > **Angaben im Teil C.1. a C.2.** – Korrekturrechnungen (Gutschriften, Lastschriften, Belege über die Korrektur der Besteuerungsgrundlage bzw. Stornobelege) sind im Teil C.1. – ausgestellte Korrekturbelege oder im Teil C.2. – eingegangene Korrekturbelege, anzuführen, und zwar auch mit Minuszeichen, falls es sich um Gutschriften handelt. Solche Korrekturbelege können in Minusbeträgen im Teil A.1., A.2., B.1. oder B.2. nicht angeführt werden;
 - > **Angaben im Teil C.1. – Spalten Nummerncode, Warenart, Mengendifferenz und Maßeinheit** – werden im Teil C.1. nur in dem Fall angeführt, wenn durch diesen Korrekturbeleg die Angaben betreffend Teil A.2. korrigiert werden. Anderenfalls bleiben diese Spalten leer;
 - > **Korrekturrechnungen betreffend Warenerwerb bzw. Dienstleistungsannahme** – eingegangene Korrekturrechnungen betreffend Warenerwerb bzw. Dienstleistungsannahme, bei denen Reverse Charge geltend gemacht wird, sind nur im Teil C.2. anzuführen. Im Teil C.1. werden solche Korrekturrechnungen nicht angeführt;
 - > **Angaben im Teil D.1. und D.2.** – hat der Steuerzahler in Teilen D.1. oder D.2. keine Lieferungen mit gemindertem Satz, ist in betreffenden Spalten „0“ anzuführen;
 - > **unentgeltliche Lieferungen** – unentgeltliche Lieferungen sind im Teil A.1. bzw. D.2. je nach der Pflicht zur Rechnungsstellung anzuführen;
 - > **in der Kontrollmeldung werden nicht angeführt** – Diebstähle, Regelung des Koeffizienten im letzten Besteuerungszeitraum des Kalenderjahres, Anpassung des

Vorsteuerabzugs und Rückerstattung der Steuer an Reisende bei der Warenausfuhr in Drittländer.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi

Steuerberater, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Hinterlegung der zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüsse und Veröffentlichung von Angaben

Von Jaroslava Klímová, Rödl & Partner Bratislava

In vorherigen Mandantenbriefen haben wir Sie über die Pflichten der Buchführungseinheiten hinsichtlich der Hinterlegung der Jahresabschlüsse und Veröffentlichung von Informationen aus Jahresabschlüssen informiert. Aufgrund unserer Erfahrungen und Fragen von Ihnen, unseren Mandanten, haben wir festgestellt, dass es nicht ganz klar ist, wie die Pflichten der Gesellschaften hinsichtlich der aktuellen Lage bei der Hinterlegung der Jahresabschlüsse und Veröffentlichung von Informationen aus Jahresabschlüssen für das Jahr 2013 sind. Informationen, die wir Ihnen vorlegen, betreffen Mittelunternehmen, deren Jahresabschluss durch einen Wirtschaftsprüfer obligatorisch zu prüfen ist oder die dieser Pflicht nicht unterliegen. Pflichten, die andere Bereiche der Buchführungseinheiten betreffen, z.B. öffentliche Verwaltung, gemeinnützige Organisationen, Gesellschaften, die Wertpapiere ausgeben und die zum Handeln am regulierten Markt zugelassen wurden, Gesellschaften, die Jahresabschlüsse nach IFRS erstellen, werden in diesem Beitrag nicht angeführt.

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass § 21 des Rechnungslegungsgesetzes, in dem die **Veröffentlichung von Angaben** bis zum 31. Dezember 2013 geregelt wurde, in der novellierten Fassung des Rechnungslegungsgesetzes aufgehoben wurde, d.h. vorgegangen wird nach Bestimmungen des seit 1. Januar 2014 geltenden Rechnungslegungsgesetzes, wobei die ausgewählten Bestimmungen hinsichtlich der Veröffentlichung von Angaben und der Hinterlegung der Jahresabschlüsse, Wirtschaftsprüferberichte und Lageberichte für die Jahresabschlüsse gelten, die zum 31. Dezember 2013 erstellt werden.

Es handelt sich um folgende:

§ 23 – Register

Ins Register werden hinterlegt (Pflichten der „Sonderbuchführungseinheiten“, erwähnt oben in diesem Beitrag, werden hier nicht angeführt):

- ordentliche Einzelabschlüsse
- außerordentliche Einzelabschlüsse
- Wirtschaftsprüferberichte
- Einzellageberichte

§ 23a – Hinterlegung von Dokumenten ins Register

In **elektronischer Form** sind ins Register obligatorisch zu hinterlegen:

- Wirtschaftsprüferberichte
- Einzellageberichte
- und Dokumente (Jahresabschlüsse, Wirtschaftsprüferberichte, Lageberichte), die die Buchführungseinheit über den Rahmen ihrer Pflichten hinaus in einer Fremdsprache zu hinterlegen beschlossen hat

Einzelabschlüsse **können** von den Buchführungseinheiten in elektronischer Form oder in Urkundenform hinterlegt werden.

Die Pflicht, den ordentlichen Jahresabschluss und den außerordentlichen Jahresabschluss innerhalb von 6 Monaten nach dem Datum der Erstellung zu hinterlegen, blieb unverändert. Hinterlegt die Gesellschaft einen nicht festgestellten Jahresabschluss, ist sie verpflichtet, dem Register das Feststellungsdatum nachträglich innerhalb von 5 Tagen nach der Feststellung mitzuteilen (**novelliert im § 23a, Abs. 4**).

Buchführungseinheiten, auf die sich die Pflicht zur Erstellung des Einzellageberichts bezieht (Buchführungseinheiten, deren Jahresabschlüsse von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen sind), sind verpflichtet, den ordentlichen Einzellagebericht und den außerordentlichen Einzellagebericht ins Register spätestens innerhalb von einem Jahr nach der Beendigung des Rechnungszeitraums, für den der Lagebericht erstellt wird, zu hinterlegen. Hinterlegte Lageberichte müssen den Jahresabschluss und den Wirtschaftsprüferbericht nicht enthalten, sofern diese Dokumente ins Register bereits separat hinterlegt wurden (**novelliert im § 23a, Abs. 7**).

Sollte die Buchführungseinheit nach der Hinterlegung des Lageberichts ins Register den Inhalt des Lageberichts ändern, hat sie den neuen Lagebericht ins Register ohne unnötigen Verzug zu hinterlegen (**novelliert im § 23a, Abs. 6**).

Falls sich die Gesellschaften entscheiden, den Einzelabschluss in Urkundenform zu hinterlegen, wird die Pflicht zu dessen Hinterlegung dadurch erfüllt, dass sie den Einzelabschluss dem Finanzamt zustellen, wobei alle allgemeinen Erfordernisse (Handelsname und Identifikationsnummer der Buchführungseinheit) korrekt auszufüllen sind. Das Finanzamt wird die in Urkundenform empfangene Dokumente in elektronische Form überführen und überprüfen, ob alle

allgemeinen Erfordernisse korrekt ausgefüllt sind (falls nicht, fordert das Finanzamt die Gesellschaft zur Ergänzung auf). Den zugestellten Jahresabschluss und die Mitteilung über die Feststellung des Jahresabschlusses leitet das Finanzamt in elektronischer Form mittels der Finanzdirektion der Slowakischen Republik an den Registerverwalter weiter (**novelliert im § 23b**).

Dokumente, die von den Buchführungseinheiten in elektronischer Form erstellt werden, werden mittels der im Sinne des Gesetzes über die Steuerverwaltung Nr. 563/2009 (Steuerordnung) betriebenen elektronischen Eingabestelle der Finanzdirektion zugestellt.

Veröffentlichte Dokumente, die ins Register hinterlegt werden und die Inhalt der Urkundensammlung des Handelsregisters darstellen, werden von dem Registerverwalter mittels des Justizministeriums der Slowakischen Republik übersendet (**d.h. Buchführungseinheiten sind nicht mehr verpflichtet, die Dokumente separat in die Urkundensammlung des Handelsregisters zu hinterlegen**).

Durch Zustellung der Dokumente in Urkundenform an das Finanzamt oder in elektronischer Form in elektronische Eingabestelle des Finanzamtes ist die Buchführungseinheit der Pflicht zur Hinterlegung und Veröffentlichung von Dokumenten nachgekommen (**novelliert im § 23b, Abs. 5**). Hierdurch erlischt die Pflicht, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Information über die Ansicht (Bestätigungsvermerk) des Wirtschaftsprüfers betreffend Jahresabschluss im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Kontakt für weitere Informationen



Jaroslava Klímová

Wirtschaftsprüferin, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Právo

> Rozšírenie záväznosti kolektívnej zmluvy vyššieho stupňa

Dana Sarah Márton, Rödl & Partner Bratislava

Diskutovaná novela zákona o kolektívnom vyjednávaní (zák. č. 2/1991 Zb.), ktorá rozširuje záväznosť kolektívnych

zmlúv vyššieho stupňa (ďalej aj ako „KZVS“) aj na zamestnávateľov, ktorí túto zmluvu neuzatvorili, je od 1. januára 2014 účinná. Prijatím uvedenej novely strácajú dotknutí zamestnávateľa možnosť nesúhlasí s rozšírením záväznosti kolektívnej zmluvy vyššieho stupňa na ich podnikanie. Rozširovanie záväznosti KZVS prebieha spôsobom určeným zákonom, a to plošne pre stanovené odvetvie, či časť odvetvia (napr. stavebníctvo, drevársky priemysel,...).

Návrh na rozšírenie záväznosti môžu podať zmluvné strany kolektívnej zmluvy vyššieho stupňa spolu t.j. vyšší odborový orgán a organizácia zamestnávateľov, alebo aj samostatne, tzn. napr. návrh podá len vyšší odborový orgán. Pri rozširovaní sa nezohľadňuje skutočnosť, či chce zamestnávateľ byť KZVS viazaný, príp. či u neho pôsobia odborové orgány. Podstatné je schválenie rozšírenia záväznosti KZVS Ministerstvom práce, sociálnych vecí a rodiny SR (ďalej ako „MP SR“). Pri posudzovaní rozširovania, príp. nerozširovania zriadi MP SR na tripartitnom princípe poradnú komisiu. Komisia, ako aj samotný zamestnávateľ, majú možnosť vyjadriť sa k návrhu rozšírenia záväznosti formou písomných pripomienok adresovaných MP SR. Na tomto mieste je dôležité podotknúť, že návrh na rozšírenie účinnosti KZVS sa zverejňuje v Obchodnom vestníku, preto je vhodné, aby zamestnávateľ Obchodný vestník priebežne sledoval a mohol tak v lehote 30 dní od zverejnenia návrhu podať k návrhu pripomienky. Ako sme uviedli, o záväznosti rozšírenia KZVS rozhoduje MP SR, a to formou všeobecne záväzného právneho predpisu, ktorý sa zverejní v Zbierke zákonov SR.

Pri rozširovaní záväznosti KZVS stanovuje zákon o kolektívnom vyjednávaní výnimky, kedy nie je možné na zamestnávateľov rozšíriť záväznosť zmluvy. Pôjde o zamestnávateľa,

1. pre ktorého je ku dňu účinnosti rozšírenia záväznosti už záväzná iná KZVS,
2. ktorý je ku dňu účinnosti rozšírenia v úpadku (podľa zákona o konkurze a reštrukturalizácii je dlžník v úpadku ak je platobne neschopný (ten, kto nie je schopný plniť 30 dní po lehote splatnosti aspoň dva peňažné záväzky viac ako jednému veriteľovi) alebo predĺžený (ten, kto vedie účtovníctvo podľa zákona o účtovníctve, má viac ako jedného veriteľa a hodnota jeho záväzkov presahuje hodnotu jeho majetku),
3. ktorý sa ku dňu účinnosti rozšírenia nachádza v likvidácii,
4. u ktorého je ku dňu účinnosti rozšírenia zavedený ozdravný režim alebo nútená správa,
5. ktorý v kalendárnom mesiaci predchádzajúcom mesiacu, v ktorom rozšírenie nadobudlo účinnosť, zamestnáva menej ako 20 zamestnancov,
6. ktorý v kalendárnom mesiaci predchádzajúcom mesiacu, v ktorom rozšírenie nadobudlo účinnosť zamestnáva viac ako 10 % osôb so zdravotným postihnutím,
7. ktorého postihla mimoriadna udalosť (napr. živelná pohroma, havária, teroristický útok) ktorej následky ku dňu účinnosti rozšírenia trvajú,
8. ktorý vykonáva podnikateľskú činnosť menej ako 24 mesiacov ku dňu účinnosti rozšírenia; to neplatí ak ide

o právneho nástupcu iného zamestnávateľa, s ktorým spolu vykonávajú činnosť dlhšie než 24 mesiacov.

Rozšírenie účinnosti KVZS na podnik zamestnávateľa má pre zamestnávateľa zásadný dopad v jeho pracovnoprávných vzťahoch. Pracovné zmluvy, príp. iné pracovnoprávne zmluvy mimo pracovného pomeru, sú potom v tých častiach, v ktorých poskytujú zamestnancom menej práv a oprávnení než KVZS, neplatné. Pre zamestnávateľa, na ktorého bola záväznosť KVZS rozšírená, je preto dôležité mať k dispozícii príslušnú KVZS, aby sa ňou vedel riadiť. MP SR poskytne zamestnávateľovi na základe žiadosti rovnopis KVZS. Táto služba je s poplatná.

Kontakt pre ďalšie informácie



Dana Sarah Márton
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: dana.marton@roedl.sk

> Sociálny fond, jeho tvorba a čerpanie

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Zákon č. 152/1994 Z.z. o sociálnom fonde je významným nástrojom realizácie sociálnej politiky podniku. Prostredníctvom neho dochádza k zabezpečeniu rôznych plnení predovšetkým sociálneho charakteru určených pre zamestnancov podniku. Sociálny fond môžeme na základe tohto zákona označiť za fond zamestnávateľa určený pre zamestnancov, ktorí sú u neho v pracovnom pomere.

Tvorba sociálneho fondu

Sociálny fond podľa § 3 zákona č. 152/1994 Z.z. o sociálnom fonde tvorí zamestnávateľ z povinného prídelu, ďalšieho prídelu a ďalších zdrojov.

Povinný prídel

> tvorí zamestnávateľ vo výške 0,6 % až 1 % zo základu, ktorým je súhrn hrubých miezd alebo platov zúčtovaných zamestnancom na výplatu za kalendárny rok. Za mzdu sa nepovažuje náhrada mzdy, odstupné, odchodné, cestovné náhrady vrátane nenárokových cestovných náhrad, príspevky zo sociálneho fondu, príspevky na DDS, príspevky na životné poistenie zamestnanca, výnosy z kapitálových podielov (akcií) alebo obligácií, daňový bonus, náhrada príjmu pri dočasnej pracovnej neschopnosti zamestnanca, doplatky k nemocenským dávkam, náhrada za pracovnú pohotovosť a iné plnenie poskytované zamestnancom v súvislosti so

zamestnaním, ktoré nemá charakter mzdy. Za mzdu sa tiež nepovažuje ďalšie plnenie poskytované zamestnávateľom zamestnancom zo zisku po zdanení. Uvedené plnenia sa nezapočítavajú do základu pre výpočet povinného prídelu do sociálneho fondu.

Ďalší prídel

a) vo výške dohodnutej v kolektívnej zmluve alebo vnútornej predpise, ak u zamestnávateľa nemôže pôsobiť odborová organizácia, najviac vo výške 0,5 % zo základu, ktorým je súhrn hrubých miezd zúčtovaných zamestnancom za kalendárny rok.

b) vo výške sumy potrebnej na poskytnutie príspevkov na dopravu do zamestnania a späť zamestnancom, ktorí dochádzajú do práce verejnou dopravou a ich priemerný mesačný zárobok **nedosahuje** 50 % priemernej nominálnej mesačnej mzdy v hospodárstve SR za kalendárny rok, ktorý predchádza dva roky kalendárnemu roku, za ktorý sa tvorí fond, t.j. ak sa tvorí fond v roku 2013, berie sa v tomto prípade do úvahy nominálna mesačná mzda v hospodárstve SR za rok 2011. (V roku 2011 bola nominálna mesačná mzda v hospodárstve SR na úrovni 786 EUR, 50 % predstavuje 393 EUR)

Povinný minimálny prídel vo výške 0,6 % vytvára zamestnávateľ povinne, bez rozdielu toho, či je tvorba a použitie sociálneho fondu dohodnutá v kolektívnej zmluve. Ak ale zamestnávateľ za predchádzajúci kalendárny rok dosiahol zisk a splnil si všetky daňové povinnosti k štátu, obci a vyššiemu územnému celku a odvodové povinnosti k zdravotným poisťovniam a Sociálnej poisťovni, môže tvoriť povinný prídel do fondu až do výšky 1 %.

V prípade, ak by zamestnávateľ vykázal stratu, vytvára povinný prídel vo výške 0,6 % zo základu. Aj napriek tomu, že v predchádzajúcom roku vykázal stratu, môže tvoriť okrem povinného prídelu 0,6 % aj ďalší prídel max. do výšky 0,5 % zo základu.

Každý zamestnávateľ je povinný tvoriť sociálny fond, ak zamestnáva čo i len jedného zamestnanca na pracovný, resp. služobný pomer a bez ohľadu na to, či bol založený za účelom dosahovania zisku, alebo nie. V prípade pracovného resp. služobného pomeru nie je dôležité, či je dohodnutý na dobu určitú, neurčitú alebo či ide o hlavný alebo vedľajší pracovný pomer. Ak ale zamestnávateľ zamestnáva zamestnancov len na základe dohody, povinnosť tvorby sociálneho fondu sa na neho nevzťahuje. Fond vytvára len z hrubých miezd zamestnancov, ktorých zamestnáva na základe pracovnej zmluvy.

Použitie sociálneho fondu

Zamestnávateľ môže v rámci svojej sociálnej politiky poskytovať zamestnancom podľa § 7 zákona č. 152/1994 Z.z. o sociálnom fonde nasledovné prostriedky:

- na stravovanie nad rozsah Zákonníka práce
- na dopravu do zamestnania a späť
- na služby, ktoré zamestnanec využíva na regeneráciu pracovnej sily

- na účasť na kultúrnych a športových podujatiach
- zdravotnú starostlivosť
- sociálnu výpomoc a pôžičky
- doplnkové dôchodkové sporenie, okrem príspevku, ktorý je zamestnávateľ povinný platiť podľa zákona o doplnkovom dôchodkovom sporení
- a na ďalšiu realizáciu podnikovej sociálnej politiky v oblasti starostlivosti o zamestnancov

Príspevok z fondu môže zamestnávateľ poskytnúť nielen zamestnancovi, ale aj rodinnému príslušníkovi, za ktorého sa považuje manžel, manželka a nezaopatrované dieťa, pobratelovi starobného (predčasného starobného, invalidného) dôchodku, ktorého zamestnávateľ zamestnával ku dňu odchodu do dôchodku.

Zdaňovanie plnení poskytnutých zo sociálneho fondu

Plnenia poskytované zo sociálneho fondu sa zdaňujú zamestnancom bežným spôsobom 19 %, nakoľko ide o príjem zo závislej činnosti. **Od 1. januára 2011 sa všetky zdaniteľné plnenia, teda aj zdaniteľné plnenia poskytované zo sociálneho fondu, započítavujú do vymeriavacieho základu na platenie odvodov.**

Nie všetky plnenia však podliehajú zdaneniu, niektoré príspevky poskytované zo sociálneho fondu sú podľa zákona č. 595/2003 Z.z. o dani z príjmov **od dane oslobodené** a teda **poistné** sa z týchto plnení platiť aj naďalej **nebude**. Ide o nasledovné plnenia:

Oslobodené od dane z príjmov

- príspevok na stravovanie poskytnutý podľa § 5 ods. 7 písm. b) ZDP
- hodnota nealkoholických nápojov poskytovaných zamestnávateľom zamestnancovi na spotrebu na pracovisku
- použitie rekreačného, zdravotníckeho, vzdelávacieho, predškolského, telovýchovného alebo športového zariadenia poskytnutého zamestnávateľom zamestnancom a ich rodinným príslušníkom podľa § 5 ods. 7 písm. d) ZDP

Príspevok na stravovanie

Podľa uvedeného zákona je od dani z príjmov oslobodená hodnota stravy poskytovaná zamestnávateľom zamestnancovi na spotrebu na pracovisku alebo v rámci stravovania prostredníctvom iných subjektov (**nepeňažné plnenie**). **Od dane je tiež oslobodený príspevok na stravovanie poskytnutý zo sociálneho fondu nad rozsah zákonníka práce.** Poskytnutý **peňažný príspevok**, aj v prípade ak je poskytnutý zo sociálneho fondu, je v plnom rozsahu zdaňovaný 19 % sadzbou dane a bude vstupovať do vymeriavacieho základu pre výpočet poistného. Pokiaľ ide o **finančný príspevok na stravovanie** poskytovaný podľa § 152 ods. 5 Zákonníka práce – **finančný príspevok poskytovaný zamestnancovi, ktorý na základe lekárskeho potvrdenia od špecializovaného lekára nemôže zo**

zdravotných dôvodov využiť žiadny zo spôsobov stravovania zabezpečený zamestnávateľom, tento zostáva aj naďalej oslobodený!

V zmysle § 152 ods.1 ZP je zamestnávateľ povinný zabezpečiť zamestnancom vo všetkých zmenách stravovanie zodpovedajúce zásadám správnej výživy priamo na pracoviskách alebo v ich blízkosti. Túto povinnosť nemá voči zamestnancom vyslaným na pracovnú cestu, s výnimkou zamestnancov vyslaných na pracovnú cestu, ktorí na svojom pravidelnom pracovisku odpracovali viac ako štyri hodiny.

Podľa § 152 ods. 3 ZP prispieva zamestnávateľ na stravovanie v sume najmenej 55 % ceny jedla, najviac na každé jedlo do výšky 55 % stravného poskytovaného pri pracovnej ceste v trvaní 5 až 12 hodín. **Suma stravného pre časové pásmo 5 až 12 hodín** predstavuje podľa Opatrenia Ministerstva práce, sociálnych vecí a rodiny Slovenskej republiky o sumách stravného **4 EUR**.

V zmysle § 152 ods. 5 ZP poskytne zamestnávateľ zamestnancovi finančný príspevok, len ak povinnosť zamestnávateľa zabezpečiť zamestnancom stravovanie vylučujú podmienky výkonu práce na pracovisku alebo ak zamestnávateľ nemôže zabezpečiť stravovanie podľa § 152 ods. 2 ZP, alebo ak zamestnanec na základe lekárskeho potvrdenia od špecializovaného lekára zo zdravotných dôvodov nemôže využiť žiadny zo spôsobov stravovania zabezpečený zamestnávateľom.

Použitie rekreačného, zdravotníckeho, vzdelávacieho, predškolského, telovýchovného alebo športového zariadenia

Od dane je oslobodené použité rekreačného, zdravotníckeho, vzdelávacieho, predškolského, telovýchovného alebo športového zariadenia poskytnutého zamestnávateľom zamestnancom a ich rodinných príslušníkom. Oslobodenie sa vzťahuje nielen na používanie vlastných zariadení, ale aj zariadení cudzích, napr. na základe zmluvy uzavretej s vlastníkom príslušného zariadenia (prenajatie fitness-centra, plavárne, atď.).

V prípade, ak zamestnávateľ zakúpi napr. rekreačné poukazy prostredníctvom cestovnej kancelárie ide o zdaniteľný príjem, ktorý podlieha aj plateniu poistného (odvodom).

Uvedenou informáciou chceme v prvom rade upozorniť mandantov na čerpanie sociálneho fondu. Vzhľadom na malý počet zamestnancov v niektorých spoločnostiach nie sú dohodnuté pravidlá čerpania sociálneho fondu a výsledkom je skutočnosť, že sociálny fond sa nečerpá a dokonca pri ukončovaní činnosti pracovníkov spoločnosti, či pri likvidácii spoločnosti sa vytvorený sociálny fond späť rozpúšťa do hospodárskeho výsledku. Preto upozorňujeme zodpovedných pracovníkov, aby dbali na priebežné čerpanie prostriedkov sociálneho fondu.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Dane

> Praktické skúsenosti s podávaním kontrolného výkazu

Peter Alföldi, Mária Jánošíková,
Rödl & Partner Bratislava

V súvislosti v novovzniknutou povinnosťou spoločnosti podávať kontrolný výkaz sme sa stretli s viacerými otázkami týkajúcich sa podávania kontrolného výkazu. V nasledujúcom texte sa pokúsime zhrnúť naše praktické skúsenosti z tejto oblasti:

- > **podanie kontrolného výkazu** – v zmysle zákona vzniká povinnosť podať kontrolný výkaz najneskôr v termíne na podanie daňového priznania, kontrolný výkaz však nesmie byť podaný v neskorší deň ako daňové priznanie. Na základe informácií zverejnených Finančným riaditeľstvom sa odporúča spoločnostiam podať dokumenty v nasledujúcom slede: najskôr kontrolný výkaz a až následne daňové priznanie k DPH;
- > **tzv. „prázdny“ kontrolný výkaz** – platiteľ dane, ktorý je povinný podať kontrolný výkaz za príslušné zdaňovacie obdobie, ale uskutočnil iba dodania tovarov alebo služieb oslobodených od dane a zároveň neprijal žiadne tovary a služby, pri ktorých by bol ako príjemca plnenia povinný platiť daň a ani si neuplatňuje nárok na odpočítanie dane, je povinný podať len tzv. „prázdny“ kontrolný výkaz, v ktorom vyplní len identifikačné údaje na prvej strane;
- > **dodatočný kontrolný výkaz** – pri podaní dodatočného kontrolného výkazu sa vo výkaze neuvádzajú všetky položky, ale len tie, ktoré boli v riadnom resp. oprávnom kontrolnom výkaze uvedené nesprávne;
- > **zahrnutie dodania do kontrolného výkazu** – v prípade, ak platiteľ dane dodá tovar 31. januára, ale faktúru vystaví až 12. februára, je povinný takéto dodanie uviesť v daňovom priznaní ako aj v kontrolnom výkaze za zdaňovacie obdobie, v ktorom vznikla daňová povinnosť. Takéto dodanie tovaru uvedie platiteľ v kontrolnom výkaze za obdobie január, bez ohľadu na skutočnosť, že faktúra bola vystavená až v mesiaci február. Ak by už platiteľ stihol podať kontrolný výkaz ešte predtým ako vystavil faktúru, musí podať opravný resp. dodatočný kontrolný výkaz v závislosti od skutočnosti, kedy zistil, že údaje z tejto faktúry nezahrnul do kontrolného výkazu za obdobie január;
- > **stĺpec kód opravy** – stĺpec kód opravy sa v riadnom a oprávnom kontrolnom výkaze nevyplní. Kód opravy sa uvádza iba pri podaní dodatočného kontrolného výkazu;
- > **údaje uvádzané v časti A.1.** – v časti A.1. kontrolného výkazu sa uvádzajú faktúry vystavené pre zdaniteľné osoby (t.j. podnikateľov - platiteľov aj neplatiteľov dane) a pre právnické osoby, ktoré nie sú zdaniteľnou osobou, z ktorých je dodávateľ povinný odviešť daň. Faktúry vystavené pre nezdaniteľné osoby (fyzické osoby - občanov) sa uvádzajú v časti D.2. kontrolného výkazu;
- > **údaje uvádzané v časti A.2.** – v časti A.2. sa uvádzajú len tie dodania podliehajúce tzv. tuzemskému samozdaneniu, pri ktorých to predpisuje zákon („obilniny“, „železo“, „mobily“, „integrované obvody“, ak základ dane na faktúre presahuje 5.000 EUR). Neuvádza sa tu tak napr. dodanie kovového odpadu a kovového šrotu, dodanie nehnuteľnosti apod. Takéto dodania uvádza iba príjemca plnenia (odberateľ) v časti B.1.;
- > **poradové číslo faktúry – časť B.** – v stĺpci poradové číslo faktúry sa uvádza poradové číslo faktúry tak, ako je uvedené na faktúre od dodávateľa, vrátane písmen, pomlčiek, lomiek, avšak bez medzier. Ako poradové číslo faktúry teda nie je možné uvádzať interné číslo, pod ktorým je faktúra zaevidovaná v účtovníctve dodávateľa;
- > **údaje uvádzané v časti B.1.** – v časti B.1. kontrolného výkazu sa uvádzajú všetky prijaté faktúry, pri ktorých je odberateľ povinný platiť daň, a to aj také faktúry, v prípade ktorých nevzniká spoločnosti nárok na odpočítanie dane;
- > **dátum dodania** – v prípade nadobudnutia tovaru z iného členského štátu, ktoré sa uvádza v časti B.1. kontrolného výkazu sa v stĺpci dátum dodania uvádza dátum dodania, t.j. nadobudnutia tovaru, a nie dátum vzniku daňovej povinnosti z nadobudnutia tovaru;
- > **údaje uvádzané v časti B.2.** – v časti B.2. sa uvádzajú aj dohody o platbách, ak sú súčasťou zmluvy o dodaní elektriny, plynu, vody alebo tepla ako aj dohoda o platbách nájomného, ktorá je súčasťou nájomnej zmluvy, ak tieto obsahujú povinné náležitosti faktúry a považujú sa v zmysle zákona o DPH za súhrnné faktúry;
- > **údaje uvádzané v časti B.2. – IČ DPH** – tento údaj nemôže zostať pri podaní kontrolného výkazu prázdny, resp. s „0“. Ako IČ DPH dodávateľa môže byť uvedené iba slovenské IČ DPH;
- > **údaje uvádzané v časti B.2. a B.3.** – v časti B.2. a B.3. kontrolného výkazu sa uvádzajú iba prijaté faktúry resp. zjednodušené faktúry, z ktorých si spoločnosť uplatňuje odpočítanie dane;
- > **údaje uvádzané v časti B.3.** – údaje uvádzané v časti B.3. sa nečlenia podľa sadzieb dane. V ostatných častiach kontrolného výkazu (A.1., B.1., B.2., C.1., C.2.,

- D.1. a D.2.) je údaje potrebné rozčleniť na položky podliehajúce základnej a zníženej sadzbe dane;
- > **údaje uvádzané v časti B.3., D.1. a D.2.** – údaje uvádzané v časti B.3., D.1. a D.2. sa za príslušné zdaňovacie obdobie uvádzajú jednou sumou ako kumulatívny údaj;
 - > **odpočítanie dane z dovozného dokladu** – údaje o odpočítaní dane zaplatenej colnému orgánu v prípade dovozu tovaru z tretích štátov sa do kontrolného výkazu neuvádzajú;
 - > **údaje uvádzané v časti C.1. a C.2.** – opravné faktúry (dobropisy, ťarchopisy, doklady o oprave základu dane, resp. tzv. storná dokladov) sa uvádzajú v časti C.1. – vystavené opravné doklady alebo v časti C.2. – prijaté opravné doklady, a to so znamienkom mínus, ak ide o dobropisy. Takéto opravné doklady nie je možné uvádzať mínusovou sumou v časti A.1., A.2., B.1. alebo B.2.;
 - > **údaje v časti C.1. – stĺpce číselný kód, druh tovaru, rozdiel množstva a merná jednotka** - sa v časti C.1. uvádzajú iba v prípade, ak sa takýmto opravným dokladom korigujú údaje vzťahujúce sa k časti A.2. V opačnom prípade zostávajú tieto stĺpce prázdne;
 - > **opravné faktúry vzťahujúce sa k nadobudnutiu tovaru resp. prijatiu služby** – prijaté opravné faktúry, týkajúce sa nadobudnutia tovaru resp. prijatia služby, pri ktorých sa uplatňuje Reverse Charge, sa uvádzajú iba v časti C.2. V časti C.1. sa takéto prijaté opravné faktúry neuvádzajú;
 - > **údaje uvádzané v časti D.1. a D.2.** – ak platiteľ nemá v častiach D.1. alebo D.2. dodania so zníženou sadzbou, je v stĺpcoch, ktoré prináležia tejto sadzbe, potrebné uvádzať údaj „0“;
 - > **bezodplatné dodania** – bezodplatné dodania sa uvádzajú v časti A.1. resp. D.2., v závislosti od povinnosti vyhotoviť faktúru;
 - > **v kontrolnom výkaze sa neuvádzajú** – krádeže, vysporiadanie koeficientu v poslednom zdaňovacom období kalendárneho roka, úprava odpočítanej dane a vrátenie dane cestujúcim pri vývoze tovaru do tretích štátov.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Hospodárstvo

> Ukladanie účtovnej závierky zostavenej k 31. decembru 2013 a zverejňovanie údajov

Jaroslava Klímová, Rödl & Partner Bratislava

V predchádzajúcich mandantných listoch sme Vás informovali o povinnostiach účtovných jednotiek, týkajúcich sa ukladania účtovných závierok a zverejnenia informácií z účtovných závierok. Na základe našich skúseností a otázok Vás, našich klientov, sme zistili, že nie je celkom jasné, aké sú povinnosti spoločností týkajúce sa aktuálneho stavu pri ukladaní účtovných závierok a zverejňovaní informácií z účtovných závierok za rok 2013. Informácie, ktoré Vám predkladáme sa týkajú stredných spoločností, ktoré musia mať povinne overenú účtovnú závierku audítorom alebo nepodliehajú tejto povinnosti. Povinnosti týkajúce sa iného okruhu účtovných jednotiek – napr. verejnej správy, neziskových organizácií, spoločností emitujúcich cenné papiere prijatých na obchodovanie na regulovanom trhu, spoločností zostavujúcich účtovné závierky podľa IFRS atď. v tomto príspevku neuvádzame.

Dávame do pozornosti, že § 21 Zákona o účtovníctve, ktorý upravoval **zverejňovanie údajov** do 31. decembra 2013 bol v novelizovanom znení Zákona o účtovníctve zrušený, t.j. postupuje sa podľa ustanovení Zákona o účtovníctve platného od 1. Januára 2014, pričom vybrané ustanovenia týkajúce sa zverejňovania údajov a ukladania účtovných závierok, správ audítora a výročných správ platia pre účtovné závierky, ktoré sa zostavujú k 31. decembru 2013.

Jedná sa o nasledovné:

§ 23 – Register

Do registra sa ukladajú (neuvádzame povinnosti „osobitných“ účtovných jednotiek spomenutých v úvode tohto príspevku):

- riadne individuálne účtovné závierky
- mimoriadne individuálne účtovné závierky
- správy audítorov
- individuálne výročné správy

§ 23a – Ukladanie dokumentov do registra

V **elektronickej podobe** sa povinne ukladajú do registra:

- správy audítorov
- individuálne výročné správy
- a dokumenty (účtovné závierky, správy audítorov, výročné správy), ktoré sa účtovná jednotka rozhodla nad rámec svojich povinností uložiť v cudzom jazyku

Individuálne účtovné závierky **môžu** účtovné jednotky ukladať v elektronickej podobe alebo v listinnej podobe.

Povinnosť uložiť riadnu účtovnú závierku a mimoriadnu účtovnú závierku do 6 mesiacov od dátumu, ku ktorému sa zostavuje, ostala nezmenená. Ak spoločnosť ukladá neschválenú účtovnú závierku, má povinnosť po jej schválení do 5 dní oznámiť do registra dodatočne dátum jej schválenia **(novelizované v § 23a, ods. 4)**.

Účtovné jednotky, na ktoré sa vzťahuje povinnosť vyhotovenia individuálnej výročnej správy (účtovné jednotky, ktoré majú povinnosť overenia účtovnej závierky audítorom), sú povinné uložiť riadnu individuálnu výročnú správu a mimoriadnu individuálnu výročnú správu v registri najneskôr do jedného roka od skončenia účtovného obdobia, za ktoré sa výročná správa vyhotovuje. Ukladané výročné správy nemusia obsahovať účtovnú závierku a správu audítora, ak tieto dokumenty sú už osobitne uložené v registri **(novelizované v § 23a, ods. 7)**.

Ak po uložení výročnej správy v registri účtovná jednotka mení obsah výročnej správy, uloží do registra novú výročnú správu bez zbytočného odkladu **(novelizované v § 23a, ods. 6)**.

Ak sa spoločnosti rozhodnú uložiť individuálnu účtovnú závierku v listinnej podobe, splnia povinnosť jej uloženia tým, že ju doručia daňovému úradu, pričom sú správne vyplnené všeobecné náležitosti (obchodné meno účtovnej jednoty, identifikačné číslo účtovnej jednotky). Daňový úrad dokumenty prijaté v listinnej podobe prevedie do elektronickej podoby a overí, či majú správne vyplnené všeobecné náležitosti (daňový úrad vyzve na doplnenie, ak nie sú uvedené správne). Doručení účtovnú závierku a oznámenie o schválení účtovnej závierky postúpi daňový úrad v elektronickej podobe prostredníctvom Finančného riaditeľstva Slovenskej republiky správcovi registra **(novelizované v § 23b)**.

Dokumenty, ktoré účtovné jednotky vyhotovujú v elektronickej podobe, sa doručujú prostredníctvom elektronickej podateľne daňového riaditeľstva prevádzkovanvej podľa Zákona o správe daní č. 563/2009 (Daňový poriadok).

Zverejnené dokumenty, ktoré sa ukladajú do registra a sú obsahom Zbierky listín obchodného registra, zasiela správcu registra prostredníctvom Ministerstva spravodlivosti Slovenskej republiky **(t.j. účtovné jednotky už nemajú povinnosť ukladať osobitne dokumenty do Zbierky listín obchodného registra)**.

Doručením dokumentov v listinnej podobe daňovému úradu alebo v elektronickej podobe do elektronickej podateľne daňového úradu si účtovná jednotka splnila povinnosť uloženia a zverejnenia dokumentov **(novelizované v § 23b, ods. 5)**. Týmto zaniká povinnosť zverejňovania súvahy, výkazu ziskov a strát a informácie o názore (stanovisku) audítora na účtovnú závierku v Obchodnom vestníku.

Kontakt pre ďalšie informácie



Jaroslava Klímová

audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Značujú rásť z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (síla, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe März 2014
Mandantný list, vydanie marec 2014

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Hospodárstvo

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.